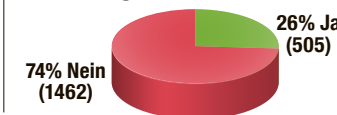


Frage des Tages

Steckt Kelsag-Präsident Germann Wiggli in einem Interessenkonflikt?

Die Kelsag will in WIR entlöhen. VR-Präsident Wiggli ist auch Chef der WIR-Bank. Ein Interessenkonflikt? www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von Samstag:
Ist die Bewilligungspflicht für Ölheizungen sinnvoll?



Eigenverantwortung auf Land, Zwang in Stadt

Im Aargau und im Baselbiet sollen Ölheizungen im Gegensatz zum Kanton Basel-Stadt weiterhin erlaubt bleiben

Von Martin Regenass

Basel. Sämtliche 3300 Ölheizungen sowie 6700 von 10700 Gasheizungen sollen im Kanton Basel-Stadt ausgetauscht und durch Heizungen mit erneuerbaren Energien ersetzt werden. Dies geht aus dem Entwurf zum neuen Energiegesetz hervor (BaZ berichtete). Um dieses Ziel zu erreichen, will das Amt für Umwelt und Energie (AUE) von SP-Regierungsrat Christoph Brutschin eine Bewilligungspflicht beim Ersatz oder Neubau von fossilen Heizungen einführen. Zudem soll das AUE unter den Hauseigentümern Subventionen verteilen, falls die Mehrkosten – erneuerbare Heizsysteme wie Pelletheizungen, Erdwärmepumpen oder dergleichen sind teurer – «wirtschaftlich nicht tragbar» seien.

Wie hoch der Mehraufwand aufseiten der Hauseigentümer und des AUE ausfallen wird, ist noch unklar, da eine konkrete Verordnung zum Energiegesetz noch nicht existiert. Es befindet

sich zurzeit auf Kommissionsebene. Das AUE geht aber davon aus, dass es keine zusätzlichen Stellen bewilligen müsse, um die Bewilligungspflicht umzusetzen.

Wie ein Vergleich der BaZ zeigt, fährt Basel-Stadt mit dem Quasi-Verbot von fossilen Heizungen einen Sonderzug. So sind beispielsweise im Kanton Baselstadt keine Bewilligungen für den Ersatz von Öl- oder Gasheizungen vorgesehen, wie Fiona Schär vom Generalsekretariat der Bau- und Umweltschutzdirektion sagt. «Der Bewilligungsprozess wäre sowohl für die kantonale Verwaltung als auch für die Geschützten mit Mehraufwand verbunden, der aus unserer Sicht zum jetzigen Zeitpunkt nicht gerechtfertigt ist.»

Allerdings setze der Kanton Basel-Landschaft beim Ersatz von Boilern auf einen Anteil von erneuerbaren Energien. Hauseigentümer müssten 50 Prozent zur Produktion des Warmwassers aus erneuerbaren Quellen hinzu-

steuern – eine Regelung, die seit Längerem auch schon in Basel-Stadt gilt. «Beim Brauchwarmwasser setzt der Kanton Basel-Landschaft auf diese Lösung, weil sie für eine Bauherrschafft einfacher zu realisieren ist und von den Kosten her auch vertretbarer ist als ein Heizungsersatz», sagt Schär. Beim Ersatz von Heizungen würde der Kanton Basel-Landschaft auf Eigenverantwortung der Bauherrschaffen setzen sowie auf die Zusammenarbeit mit der Branche.

Stadt Zürich schafft Anreiz

Auch der Kanton Aargau geht weniger streng mit seinen Hauseigentümern um, als es der Kanton Basel-Stadt vortut. Wie Stephan Kämpfen von der Energieberatung Aargau sagt, gelte im Kanton Aargau die «Besitzstandswahrung». «Erzeugt eine Heizung Wärme aus Öl oder Gas und muss diese ausgetauscht werden, dann kann der Hauseigentümer ein auf dem gleichen Energieträger basierendes System einset-

zen.» Allerdings müssten die Aargauer bei Neubauten oder Ersatzinstallationen von fossilen Heizungen einen Nachweis erbringen. Dieser sei notwendig, wenn ein Hauseigentümer von einer Ölheizung auf eine Gasheizung wechseln möchte. Der Nachweis müsse darlegen, dass über die Lebensdauer der Anlage betrachtet und für «tragbare» Kosten keine effizientere Heizung mit einem geringeren CO₂-Ausstoss erhältlich sei.

Ebenfalls nicht auf Zwang wie Basel beim Ersatz von Ölheizungen setzt die Stadt Zürich. Laut einem Bericht der NZZ sollen Stadtzürcher Hauseigentümer mit einem Anreizsystem dazu gebracht werden, freiwillig auf ihre Öl- oder Gasheizung zu verzichten. Wenn sich Hauseigentümer an einen Verbund mit Fernwärme anschliessen oder sich mindestens drei Nachbarn eine Wärmepumpe teilen, dann werde die Stadt die Hälfte des Restwertes der alten Ölheizungen bezahlen. Die Heizung dürfe einzig nicht älter als 20 Jahre sein.

Laut Dorothee Dettbarn, Projektleiterin beim Umwelt- und Gesundheitsschutz der Stadt Zürich, scheitere der Zusammenschluss von Nachbarn zu einem Wärmepumpenverbund oft daran, dass zwar einer eine neue Heizung brauche, die anderen aber die ihrige noch nicht abgeschlossen hätten. Da es sich um einen Pilotversuch handelt, stellt Zürich bis 2020 rund zwei Millionen Franken zur Verfügung.

St. Gallen als Vorbild

Vorbild für das Zürcher Fördermodell ist die Stadt St. Gallen. Dort werden solche Desinvestitionsbeiträge allerdings nur für den Anschluss ans bestehende Fernwärmenetz gewährt und nicht für Nachbarn, die sich zusammenschliessen. Wie Fredy Zaugg vom St. Galler Amt für Umwelt und Energie gegenüber der NZZ sagt, seien in den letzten fünf Jahren Beiträge für 32 Mehrfamilienhäuser und eine Genossenschaft mit 138 Einfamilienhäusern gewährt worden.

Heisser Tag, eisige Nacht

Heftiges Gewitter in der Region

Von Dina Sambar

Liestal/Basel. Das Wochenende war heiss, so richtig heiss. In Basel und Möhlin wurden Spitzentemperaturen von 33,8 Grad gemessen. In der Nacht auf Sonntag wurde es jedoch in Basel, Riehen, Liestal oder auch Birsfelden im wahrsten Sinne des Wortes eisig – dort prasselten traubengrosse Hagelkörner vom Himmel.

Das heftige Gewitter hielt im Kanton Baselstadt mehrere Feuerwehren auf Trab. Wie die Baselbieter Polizei meldet, gingen zwischen 02.45 Uhr und 04.30 Uhr in ihrer Einsatzleitzentrale rund 35 Notrufe aus sieben Gemeinden ein. Die Mehrheit der Notrufe kam aus den Gemeinden Frenkendorf (14) und Liestal (13). Weitere Meldungen gingen auch aus Pratteln, Füllinsdorf, Arisdorf, Giebenach und Bubendorf ein.

Umgestürzter Baum

In Bubendorf wurde eine Stromleitung durch einen umgestürzten Baum beschädigt, was einen kurzzeitigen Stromausfall zur Folge hatte. Ansonsten wurden meistens überschwemmte Keller und Einstellhallen gemeldet. Der insgesamt entstandene Sachschaden lässt sich laut der Baselbieter Polizei zur Stunde nicht beziffern. Über verletzte Personen sei bisher nichts bekannt.

Wie die Basler Polizei auf Nachfrage mitteilt, gab es in der Stadt aufgrund des Gewitters keine Notrufe.



Bis zu vier Zentimeter gross. Hagelkörner in Basel (links) und in Riehen (rechts). Leserfotos



Gewaltreiches Wochenende

Zahlreiche Überfälle in der Stadt

Von Martin Regenass

Basel. Drei Raubüberfälle auf Männer und ein Angriff vor einem Afrika-Restaurant im Kleinbasel sowie ein Einbruch auf ein Schmuckgeschäft neben der Hauptpost im Grossbasel: In Basel sind am Wochenende mehrere Delikte begangen worden. Die Polizei konnte vier mutmassliche Täter festnehmen.

Laut der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt stieg am Freitag um 20.10 Uhr ein 23-Jähriger auf dem Parkplatz des Badischen Bahnhofes aus einem Firmenfahrzeug. Unvermittelt sei er von sechs unbekanntem Männern angegriffen worden. Diese hätten ihn geschlagen und ihm das Bargeld geraubt. Laut dem Opfer habe es sich um Südländer im Alter zwischen 25 und 28 Jahren gehandelt. Sie sind nach dem Raub geflohen.

In der Nacht auf gestern Sonntag um 0.20 Uhr überfielen laut der Staatsanwaltschaft zwei Unbekannte einen 48-Jährigen in der Haltingerstrasse nahe dem Claragraben. Der Mann sei auf dem Nachhauseweg von einem Unbekannten um eine Zigarette gebeten worden. Als er eine offerierte, hätte ihm ein zweiter Mann den Rucksack entrissen und er sei mit einem Messer bedroht worden. Die beiden rund 25-jährigen Täter, einer mit schwarzer Hautfarbe und einer mit fester Statur ohne weitere Signalementangaben, seien in Richtung Klybeckstrasse und Kaserne geflüchtet. Das Opfer verletzte sich leicht.

Unvermittelte Attacke

Ebenfalls in der Nacht auf Sonntag, um 1.30 Uhr, beging laut Staatsanwaltschaft ein Mann mit hellem Teint, der Schweizerdeutsch sprach, einen Raubüberfall. Ein 20-jähriger Mann ging entlang der Uferstrasse, als er von dem Täter angesprochen worden sei. Dieser hätte unvermittelt auf das Opfer eingeschlagen, ihm das Mobiltelefon geraubt und sei geflohen. Der circa 25 bis 28 Jahre alte Barträger mit athletischer Statur fügte dem Angegriffenen Kopfverletzungen zu. Dieser musste ins Spital.

Einen Mann festnehmen konnte die Polizei bei der Hauptpost in der Rüdengasse. Dort erpapt eine Patrouille am Samstag um vier Uhr morgens einen 24-jährigen Schweizer auf frischer Tat, der ins Schmuckgeschäft «Au Bijou» eingebrochen war.

Zu einem weiteren Angriff kam es am Sonntagmorgen um 4 Uhr in der Amerbacherstrasse beim Afrika-Restaurant Woldu. Mehrere Unbekannte gingen dort mit Flaschen und Fäusten auf zwei Gäste los. Die Polizei nahm zwei Eritreer und einen Äthiopier fest. Weitere Täter sind flüchtig.

Kelsag-Chef Germann Wiggli gerät unter Druck

Umstrittene Ausschreibung der Liesberger Kehrlichfirma sorgt auch in der Politik für Unverständnis

Von Daniel Aenishänslin

Liesberg. Die Kehrlichbeseitigung Lauffental-Schwarzbubenland AG (Kelsag) stösst mit ihrer Ausschreibungs-Praxis auf Kritik (BaZ vom 25. August 2016). Sie bevorzugt einen Transporteur, der bereit ist, einen gewissen Anteil der Vergütung in WIR entgegenzunehmen. Der Hintergrund ist brisant: Wie die BaZ öffentlich machte, ist Kelsag-Verwaltungspräsident Germann Wiggli gleichzeitig Chef der WIR-Bank.

Nach Kritik aus der Transportbranche meldet nun auch die Politik ihre Bedenken gegen das WIR-Kriterium in der Ausschreibung an. «Spontan und ohne vertiefte Prüfung scheint mir dies ein fragwürdiges Kriterium», sagt etwa der Botminger Landrat Hanspeter Weibel (SVP). Immerhin zähle der WIR nicht zu den offiziellen Zahlungsmitteln in der Schweiz. WIR seien nicht handelbar wie der Franken. «Als Wertungskri-



Germann Wiggli.

terium in einer Ausschreibung sehe ich dies zum ersten Mal», sagt Weibel, um pointiert anzufügen, «vielleicht kommt der Nächste mit Bitcoins.»

Die Kelsag selbst mauert. Stefan Schwyzer,

Geschäftsführer ad interim, sagt einzig, «die Ausschreibung läuft noch, es gibt keinen Grund etwas zu ändern». Weitere Auskünfte will er nicht geben. Auch zur umstrittenen Doppelfunktion Wigglis schweigt er sich aus. Ebenso keine Erklärungen gibt es zur Frage, warum die Kelsag WIR loswerden muss. Dabei herrscht genau in diesem Punkt grosse Unklarheit: Weshalb setzt eine Firma, deren Aktionäre aus 33 Gemeinden bestehen, nicht ausnahmslos auf den Schweizer Franken? Wo liegen die Vorteile?

«Eine eigenartige Geschichte», sagt der Laufener Landrat Rolf Richterich (FDP). Gewöhnlich würden Handwerker untereinander mit WIR handeln. «Sonst ist es eher schwierig, WIR wieder loszukriegen. Die Liquidität wird blockiert», so Richterich. Dass die öffentliche Hand, und dazu zähle die Kelsag, mit WIR handle, sei zumindest fragwürdig, findet auch der FDP-Exponent. «Ob es rechtens ist, ist das eine, dass es richtig ist, bezweifle ich.»

Nutzt Germann Wiggli das Verwaltungspräsidium bei der Kelsag, um in eigenmächtiger Absicht der WIR-Bank Geld zuzufliessen zu lassen? Dieser Verdacht ist in den letzten Tagen aufgekommen.

Heikler Interessenkonflikt

«Interessenkonflikte sind heikel, in einer öffentlich rechtlichen Institution erst recht», sagt der Laufener Landrat Linard Candraia (SP). Die Situation werde nicht einfacher, «wenn jemand

zu viele Hüte tragen sollte». Es sei allerdings an den Delegierten der 33 Gemeinden, in dieser Angelegenheit aktiv zu werden. «Sie haben es in der Hand, die richtigen Fragen zu stellen, damit Transparenz geschaffen wird.»

Für den Grellinger Landrat Franz Meyer (CVP) ist wichtig, dass die Ausschreibung «sauber» abliefe. Dann werde rechtlich alles korrekt sein. Glücklicherweise Meyer dennoch nicht. Der WIR-Anteil dürfe durchaus ein Kriterium sein, aber nicht zustande kommen, weil Interessen miteinander verknüpft seien. «Ich hätte in diesem Fall auf das Kriterium WIR verzichtet», sagt Meyer.

Ähnlich sieht es Breitenbachs Gemeindepräsident Dieter Künzli (FDP). Freiwillig in WIR bezahlen sei in Ordnung. «Ist es ein Muss, geht das nicht.» Künzli weist wie andere Politiker darauf hin, dass das offizielle Zahlungsmittel hierzulande noch immer der Schweizer Franken sei.